



Referat für Jugend,
Familie und Soziales

Soziale Infrastruktur, Mehrgenerationenhäuser, Bürgerschaftliches Engagement

Reiner Prölß

**Nürnberger Arbeitspapiere zu sozialer Teilhabe,
bürgerschaftlichem Engagement und „Good Governance“**

Nr. 9/ November 2012

**Nürnberger Arbeitspapiere zu sozialer Teilhabe,
bürgerschaftlichem Engagement und „Good Governance“**

Herausgegeben von Reiner Pröhl und Dr. Uli Glaser

für das Referat für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg

Die „Nürnberger Arbeitspapiere zu sozialer Teilhabe, bürgerschaftlichem Engagement und ‚Good Governance‘“ sind als Materialsammlung konzipiert, die die Bemühungen der Stadt Nürnberg und ihrer Partner im Themenfeld von sozialer Teilhabe, bürgerschaftlichem Engagement und „Good Governance“ dokumentieren.

Die Arbeitspapiere publizieren Konzepte, Berichte, Evaluationen und Übersichtspräsentationen aus den Beschäftigungsgenständen des Referats für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg.

Veröffentlicht werden sie als pdf-Dokumente und im Internet sowie ggf. durch Versand an Zielgruppen und als Anhänge an Newsletter. Sie stehen allen Interessierten (unter Angabe der Quelle) gerne zur weiteren Verwendung zur Verfügung.

Nr. 1 / Mai 2012: Die Stadtteilpatenschaft: Ein Modell öffentlich-zivilgesellschaftlicher-privater Partnerschaft (Heinz Brenner, Alexander Brochier, Uli Glaser & Reiner Pröhl).

Nr. 2 / Mai 2012: Bürgerschaftliches Engagement in Nürnberg (Uli Glaser & Alexandra Weber).

Nr. 3 / Mai 2012: Mythos Kultur für alle? Kulturelle Teilhabe als unerfülltes Programm (Uli Glaser).

Nr. 4 / Mai 2012: Beispiele Nürnberger Projekte Kultureller Teilhabe (Marco Puschner).

Nr. 5 / Juli 2012: Repräsentativbefragung zu Kultureller Bildung und Kinderkultur (2009/2010): Die Ergebnisse im Überblick (Dr. Hermann Burkhard, Dr. Uli Glaser, Simon Reif, Daniela Schuldes, Ingrid Wild-Kreuch).

Nr.6/ August 2012: Engagementförderung und Freiwilligenmanagement im kommunalen Aufgabenfeld (Dr.Uli Glaser)

Nr. 7/ August 2012: Unternehmen Ehrensache: Das Corporate Volunteering Netzwerk in Nürnberg“ (Elisabeth Fuchsloch)

Nr. 8 / Juli 2012: Nürnberg und das Stiftungswesen (Karin Eisgruber, Dr. Uli Glaser, Elmar Reuter)

Nr. 9/ November 2012: Soziale Infrastruktur, Mehrgenerationenhäuser, Bürgerschaftliches Engagement (Reiner Pröhl)

Nr. 10/ November 2012: Kulturfreunde: Ein Ehrenamtsprojekt zur kulturellen Teilhabe von Kindern aus Kindertageseinrichtungen strukturschwacher Stadtteile in Nürnberg(Ingrid Wild-Kreuch)

Nr. 11/ November 2012: Familienpolitik als kommunalpolitische Entwicklungsaufgabe (Reiner Pröhl)

Nr. 12/ November 2012: Die Nürnberger Freiwilligenbörse. Erfahrungen aus zwei Jahren (Alexandra Weber, Andreas Mittelmeier)

Kostenfrei auch als pdf.Dokument unter www.soziales.nuernberg.de abrufbar.

Autor:

Reiner Pröhl, Abschluss als Dipl.-Pädagoge (Universität Bamberg) und Dipl.-Sozialpädagoge (Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg). Seit 1. Januar 2005 Berufsmäßiger Stadtrat für den Geschäftsbereich Referat für Jugend, Familie und Soziales, Mitglied der Sozialausschüsse des Bayerischen und Deutschen Städtetags, seit Juli 2010 Vorsitzender des Sozialausschusses des Bayerischen Städtetags

Soziale Infrastruktur, Mehrgenerationenhäuser und Bürgerschaftliches Engagement

Der folgende Text ist die Zusammenführung zweier Grußworte, die Reiner Pröbß, Referent für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg, bei zwei Tagungen im Nürnberger Rathaus im Sommer 2012 gehalten hat: Bei der Arbeitstagung „Mehrgenerationenhäuser und soziale Infrastruktur – Abstimmung von Angeboten und Vernetzung der Akteure auf kommunaler Ebene“ am 14. Juni 2012 sowie beim „Ehrenamtskongress“ am 6. Juli 2012. Es geht um den demografischen Wandel, seine Auswirkungen auf eine Kommune und welche Antworten in Nürnberg auf diese Herausforderungen gefunden wurden im Sinne einer solidarischen Stadtgesellschaft.

Es ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, Antworten auf den demografischen Wandel zu finden. Der Tagungsort Nürnberg ist eine Großstadt, die die Auswirkungen des demografischen Wandels bereits jetzt spürt. Zunächst ein Blick auf Daten und Fakten.

Eine Auswirkung des demografischen Wandels ist z.B. die „Versingelung“: Der Sozialbericht für die Bundesrepublik zeigt zwischen 1999 und 2009 einen starken Anstieg bei den Alleinstehenden (+ 18%) und den Alleinerziehenden (+ 15%). Das heißt, dass in Deutschland jede 5. Person alleinstehend ist¹. Nach dem Bericht zur sozialen Lage in Bayern von 2011 hat die Zahl der Einpersonenhaushalte von 2000 bis 2009 von allen Haushaltsformen am stärksten zugenommen (ein Plus von 22,9%; zum Vergleich liegt die Zunahme der Privathaushalte insgesamt bei 9,6%). Damit ist seit 2009 der Einpersonenhaushalt der am meisten verbreitete Haushaltstyp in Bayern. In Nürnberg gibt es davon rund 128.000, das sind knapp 50% aller Haushalte!

Seit 2000 nahm die Zahl der Alleinerziehenden mit einem Kind um 38%, mit zwei Kindern um 23,1% zu. In Nürnberg bedeutet dies, dass es knapp 12.000 Alleinerziehenden-Haushalte mit ca. 16.000 Kindern gibt. Auch deshalb ist die Aussage richtig: „In den Städten ist Familie heute die Lebensform der Armen“ (Bertelsmann-Stiftung 2008: Demographie konkret – soziale Segregation in deutschen Großstädten).

Eine weitere wichtige Entwicklung ist die steigende Zahl von sog. „Working Mums“. Der Sozialbericht von 2011² zeigt einen ungebrochenen Trend der steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen in Deutschland; gleichzeitig gibt es immer weniger Frauen, die sich für längere Zeit oder dauerhaft vom Arbeitsmarkt zurückziehen. Der Bericht zur sozialen Lage in Bayern 2011 belegt, dass der Freistaat

¹ Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2011, Band 1. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik: Bonn, S. 29.

² Ebd. S.101

mit 67,9% an der Spitze der Erwerbstätigenquoten von Frauen liegt³. In Nürnberg gibt es über 120.000 berufstätige Frauen, das sind über 45% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten!

Beim demografischen Wandel denken wir natürlich primär an die älter werdende Gesellschaft. Nach dem Bericht zur sozialen Lage in Bayern von 2011 ist für Bayern bis etwa 2020 ein Anstieg der Bevölkerungszahl zu erwarten, danach sinkt die Zahl der unter 20-Jährigen bis 2029 gegenüber heute um 12 %, die Zahl der 20- bis unter 65-Jährigen auf 5,5 % unterhalb des Niveaus von 2010. Es steigt die Zahl der 65-Jährigen und Älteren kontinuierlich um knapp ein Drittel im Vergleich zu 2010 (in der Altersgruppe über 75 sogar um rund 41%). In Nürnberg sind heute rund 27% der Bewohner/-innen älter als 60 Jahre (2010), diese Zahl wird sich von 132.000 Menschen auf rund 145.000 im Jahr 2025 erhöhen. Nürnberg bleibt bis dahin relativ jung, vor allem auch, weil es nicht an Bevölkerung abnehmen wird, was in anderen Landesteilen zu befürchten ist. Die Geburtenrate ist seit Jahren konstant, was auch der Rückkehr von Familien aus dem Umland geschuldet ist.

Zusammenfassend bedeutet dies, dass viel Unterstützung für Familie und für eine gelingende „Kultur des Aufwachsens“ schon deshalb wegbricht, weil sich traditionelle Familienstrukturen stark verändern werden. „Älter, bunter, weniger“ heißt ein Schlagwort, das aber nicht erwähnt, dass sich auch die Frauenrollen weiter verändern werden.

Dies ist zum Einen sicherlich auch auf die Frauenbewegung zurückzuführen, in viel stärkerem Maße jedoch auf den Wandel der Arbeitswelt, der an Männer und Frauen gleichermaßen höhere Erwartungen bezüglich Mobilität und Flexibilität stellt und oftmals keine Löhne mehr garantiert, die es einem der beiden Partner erlaubten zu Hause zu bleiben.

Wie reagieren wir darauf?

Nach unserer (Nürnberger) Auffassung brauchen wir neue „Governance“-Modelle in der Sozialpolitik. Ich kann nicht auf alle einzelnen Themen eingehen, die in unserem „Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik“⁴ enthalten sind. Hier nur einige Stichworte, die gerade im Kontext der Mehrgenerationenhäuser relevant sind:

1) Konsequente Sozialraumorientierung: Soziale Politik muss da ankommen, wo die Menschen leben. Für uns heißt das vor allem: In Stadträume gehen, wo die Bedarfe am größten sind. Dafür steht unser Modell der „Stadtteilkoordination“ in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf.

2) Konsequente Familienorientierung: Familien stärken und Erziehung unterstützen hat unter unseren Leitlinien nicht zufällig die Nr. 1. Unter Berücksichtigung der Vielfalt der Familienformen ist alles richtig und wichtig, was Familien unterstützt. Dafür steht in Nürnberg vor allem auch das „Bündnis für Familie“, das der Vorläufer für viele Hunderte solcher Bündnisse in ganz Deutschland war.

³ Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales (2011): Dritter Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern: München, S. 127.

⁴ Stadt Nürnberg, Referat für Jugend, Familie und Soziales (2009): Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Jugend-, Familien, Bildungs- und Sozialpolitik unter:
http://www.nuernberg.de/imperia/md/sozialreferat/dokumente/referat_v_orientierungsrahmen_2009.pdf

3) Förderung des bürgerschaftlichen Engagements: Bund, Land und Kommune sind zentrale Träger der positiven Gestaltung des sozialen Wandels. Sie arbeiten wiederum in Deutschland traditionell stark und in aller Regel sehr positiv mit den Wohlfahrtsverbänden zusammen. In diesen und weit darüber hinaus ist das bürgerschaftliche Engagement als zivilgesellschaftliche Ressource – in Hinblick nicht nur auf Bürgerzeit und Bürgerwissen, auch auf „Bürgergeld“ im Sinne von Spenden und Stiftungen – wieder entdeckt worden. Dies wird auch bei uns konsequent weiter entwickelt, im Sinne einer Governance-Strategie, die den Einzelnen fördert und fordert und die die Beiträge von Staat, Bürgergesellschaft und Wirtschaft zusammenbringt.

Alle diese Themen haben im Sinne von „Good Governance“ ziemlich viel mit der Arbeit und den Perspektiven der Mehrgenerationenhäuser zu tun: Sie fangen ein Stück weit die heutzutage oft fehlenden familiären Strukturen auf, indem sie Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Zeitbudgets zusammen bringen, denn sie haben das Ziel, Potenziale zu aktivieren und haushaltsnahe Dienstleistungen anzubieten. Mehrgenerationenhäuser koordinieren ein Stadtteilnetzwerk, indem sie verschiedene Akteure im Stadtteil an einen Tisch bringen. Sie können so z.B. Kinderbetreuung, Hilfen im Haushalt und vieles andere rasch, unbürokratisch, kostengünstig und auf der persönlichen Ebene organisieren, weil sie auf die Bedarfe der Stadtteilbewohner schnell und unbürokratisch reagieren.

Seit einigen Monaten ist bekannt, welche Mehrgenerationenhäuser in Bayern in das Förderprogramm II aufgenommen wurden und auch das Nürnberger Haus ist - wie 84 weitere Häuser in Bayern - wieder mit von der Partie. Vom ersten Förderprogramm hatte Bayern mit 91 Einrichtungen am meisten profitiert; mit über 13.500 Angeboten gab es die verschiedensten Dienste, die in und von den bayerischen Mehrgenerationenhäusern erbracht wurden. Besonders stark vertreten waren Angebote der Familien- und Seniorenarbeit und die Häuser als Stadtteiltreffpunkte. Mit diesem Angebot zeichnen sich die bayerischen Einrichtungen als starke Partner kommunaler Sozialpolitik aus – und damit als Partner guter und innovativer „Governance“-Modelle auf kommunaler Ebene, wobei ihre Rolle in einer großen Großstadt wie Nürnberg mit mehr als 500.000 Einwohnern und einer Vielzahl professionalisierter Einrichtungen natürlich anders akzentuiert ist als in einer kleineren Gemeinde.

So sehr ich mich auch freue, dass unsere Einrichtung fortbestehen wird, so sehr ärgert mich auch das Procedere. Das Förderprogramm II ist ein typisches Beispiel für die Herangehensweise der Bundesregierung an Modellprojekte. Zunächst werden sie – in einem ohne Zweifel wichtigen Themenbereich – ohne große Rückkoppelung mit Ländern und Kommunen aufgelegt. Dann werden sie zunächst mit vielen bunten Hochglanzbroschüren vermarktet; nach zwei Jahren läuft die Anschubfinanzierung aus und die Träger stehen erst einmal im Regen, weil sich keine tragfähige Weiterfinanzierung fand. In Bayern hatten sich die Träger der 91 Mehrgenerationenhäuser zusammengeschlossen, um gegen das Ende des ersten Förderprogramms zu protestieren und sich beim Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen für eine Fortführung der Förderung einzusetzen.

Das Förderprogramm II schreibt nun zwingend eine finanzielle und inhaltliche Beteiligung der Kommunen vor. Natürlich: Mehrgenerationenhäuser tragen zur Gestaltung einer solidarischen Stadtgesellschaft bei und schon allein deshalb ist es nicht abwegig die Kommune zu beteiligen.

Bereits in der ersten Förderphase standen 20 der 91 bayerischen in der Trägerschaft ihrer jeweiligen Gemeinde. Allerdings ist es keine neue Erkenntnis, dass viele Kommunen in Deutschland kaum noch einen funktionierenden Haushalt auf die Beine stellen können. Auch in den letzten Haushaltsberatungen der Stadt Nürnberg stellte Kämmerer Harald Riedel fest, dass „das Geld in der Vergangenheit immer zu knapp war für all die Projekte, die wünschenswert gewesen sind.“ Und das werde auch künftig so bleiben. Nürnberg ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt glücklicherweise keine Kommune, die mit Nothaushalten regieren muss, dennoch brauchen wir für die Kofinanzierung unseres Hauses viele Partner.

Beim Ausblick in die Zukunft zeigt sich, dass sich die Mehrgenerationenhäuser mit den Themen Alter und Pflege, Integration und Bildung, bürgerschaftliches Engagement und Vereinbarkeit von Familie und Beruf als inhaltliche Schwerpunkte der zweiten Förderphase beschäftigen und damit wichtige Zukunftsthemen aufgreifen. Zentral dabei ist die Frage, wie die Angebote abgestimmt und die Akteure auf lokaler Ebene vernetzt werden können.

Mit den Mehrgenerationenhäusern sind die allgemeinen **Themen des Bürgerschaftlichen Engagements** und **seiner Förderung** eng verbunden.

Die Mobilisierung von „Bürgerzeit, Bürgerwissen und Bürgergeld“ (unsere sogenannten „3 B's“) ist ein wichtiges Anliegen kommunaler (Sozial-)Politik. Gleichzeitig wollen wir als Stadt und als Stadtverwaltung ein guter, konstruktiver, engagierter Partner für das Ehrenamt in der Stadt sein, ganz im Sinne von „Good Governance“.

In Nürnberg sind wir auch hier optimistisch: Wir wissen (nach Repräsentativumfragen), dass es über 90.000 Ehrenamtliche in der Stadt gibt, dass sich aber noch einmal doppelt so viele ein Engagement vorstellen können (180.000 weitere potentielle Ehrenamtliche). Und wir spüren auch, dass wir in der Zusammenarbeit mit Spender/-innen, Stiftungen und Unternehmen Rückenwind für soziale Anliegen im Allgemeinen und das Bürgerschaftliche Engagement im Besonderen haben.

Wir haben es aber auch mit vielen prekären Finanzierungen für Projekte der Engagementförderung zu tun. Modellprojekt hier, temporäre Finanzierung da, Haushaltskürzungen dort. Manche davon sind dem Feld des bürgerschaftlichen Engagements im Sinne eines „Innovations-Scouts“ sicher angemessen, meistens aber fehlt es einfach an der Verlässlichkeit, die gerade für die Betreuung und Koordination von Ehrenamtlichen so wichtig ist. Wir wünschen uns für die gelingenden Projekte der Engagementförderung aus dem vermeintlich „experimentellen“ Stadium herauszukommen und sinnvolle und nachhaltige Strukturen aufbauen zu können. Ich kann nicht behaupten, dass das in Nürnberg umfassend gelänge – dafür sind die kommunalen Mittel zu knapp – aber wir konnten in den letzten Jahren einige Schritte voran gehen, ohne dass Rückschritte völlig vermeidbar waren.

Engagementförderung – die Basis muss stimmen!

Bei der Engagementförderung wie bei den Mehrgenerationenhäusern wünschen wir uns, dass der Freistaat Bayern, der mit Recht stolz auf seine hohe Engagementquoten sein durfte, in der Fläche und für die Infrastruktur seine Anstrengungen erhöht. Der letzte Freiwilligensurvey von 2009 ist für Bayern nicht wirklich gut ausgefallen und in der Engagementförderung der Länder sind viele Bundesländer an uns vorbeigezogen. Wir hoffen, dass das Land, seine heutigen und künftigen

Entscheidungsträger/-innen, die Chance noch deutlicher erkennt, die mit guter Engagementförderung für die Gesellschaft verbunden ist.

Das bayerische Förderprogramm für die Koordinierungszentren ist ein guter Ansatz, aber es muss ausgebaut, vertieft und verstetigt werden. Auch ist die Frage zu stellen, ob allein die Förderung der Landkreise durch solche Koordinierungszentren, die erfreulicherweise jetzt auch (u.a. zugunsten Nürnbergs) aufgebrochen wurde, der richtige Ansatz ist: Der ländliche Raum und die kleinen Kommunen haben die höchsten Engagementquoten, in sogar weiter steigendem Umfang. Größere Kommunen mit vielfältigen sozialen Problemen haben dagegen die niedrigeren Quoten. Die bayerische Ehrenamtskarte und der Ehrenamtsnachweis, in die die bayerische Staatsregierung so viel Einsatz und Öffentlichkeitsarbeit gesteckt haben, sind auf der städtisch-kommunalen Ebene – bei aller Betonung der Wichtigkeit der Anerkennungskultur – nicht das größte Thema; die Bedingungen der Einführung gerade für die großen Kommunen wie München, Nürnberg und Augsburg eher schlecht.

Konkret könnte das für die Landespolitik heißen: Mehr Netzwerkunterstützung (der Ehrenamtskongress im Juli 2012 war ein gutes Beispiel dafür, wie hoch der Bedarf an Austausch und Fortbildung ist), mehr Fortbildungsangebote, mehr Mittel aus Landesstiftungen (Baden-Württemberg und Hessen gehen derzeit voran), mehr Austausch zwischen den verschiedenen Formen und Trägern des Ehrenamts, mehr konkrete Förderungsprogramme für einzelne Themen und einzelne Strukturen des Engagements, mehr Verankerung in Ausbildung und Hochschule, ein massives Programm des „Service Learning“ (Lernen durch Engagement) für die Schülerinnen und Schüler aller Schularten und vieles andere mehr.

Und als Nürnberger Vertreter und als Vertreter des Bayerischen Städtetags formuliere ich: Natürlich mehr verlässliche Unterstützung für die „Arbeit vor Ort“, in den Kommunen, in den Gemeinden, Städten und Landkreisen. Fast alles Engagement findet konkret und vor Ort statt – wenn es dem Ehrenamt in Bayern gut gehen soll, dann muss es „an der Basis“ stimmen.

Wir brauchen staatliches Vertrauen (egal ob Bund, Land oder Kommune) in die Akteure der Zivilgesellschaft vor Ort. Wir brauchen Modelle der Zusammenarbeit, bei denen nicht von oben diktiert wird, was „unten“ zu tun ist, sondern wir brauchen Unterstützung für die lokalen Akteure und für die Akteure in der Bürgergesellschaft sowie gute und finanzierte Modelle der Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

In ihrem Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik bekennt sich die Stadt Nürnberg ausdrücklich zu diesen Aufgaben als zentrale Herausforderungen für die Gestaltung einer „solidarischen Stadtgesellschaft“, wie das von Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly gesetzte Leitmotiv der Stadtentwicklung heißt.

Weiterführende Literatur

Zum Thema Mehrgenerationenhaus unter : www.mehrgenerationenhaeuser.de

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit, Sozialordnung, Familie und Frauen (Hrsg.) (2012): **Dritter Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern.**

Stadt Nürnberg, Referat für Jugend, Familie und Soziales (Hrsg.)(2009): **Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Jugend-, Familien, Bildungs- und Sozialpolitik**